

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1906

46 (23.2.1906)

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger gestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abhängen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Kaiserstraße 24.
Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144.
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 46.

Karlsruhe, Freitag den 23. Februar 1906.

26. Jahrgang.

Das Landes-Wahlrecht

hat durch den sozialdemokratischen Initiativ-Antrag eine ausgiebige Erörterung im Reichstag erfahren, und vorgestern wurde über die Frage entschieden, wo die wirklichen Freunde des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts, wo seine verkappten und offenen Feinde zu finden sind, indem darüber entschieden wurde, ob der Antrag nach seiner getriggerten zweiten Beratung noch eine dritte Beratung erleben und Aussicht auf die Gesetzgebung haben würde. Der zweite Teil dieser Verhandlung, den wir gestern wegen Raum-mangel nicht mehr abdrucken konnten, wird daher etwas ausführlicher an dieser Stelle behandelt.

Hg. Verstein (Soz.): Herr Stöder hat es für geschmackvoll gehalten, eine Blütensele von scharfen Ansprüchen zu geben, die er aus sozialdemokratischen Kreisen aufgegeben hat. Es mag sein, daß in der Hitze des Gemütes Worte fallen, die vor dem Richterstuhl des guten Geschmacks nicht bestehen können. Aber derjenige hat am allerwenigsten Veranlassung, sich darüber still zu entsinnen, der es liebt, heimtücklich zu intrigieren und Scheiterhaufen anzuzünden, auf denen die Flamme der Verhöhnung hoch empor lodert. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Herr Graf Voschinsky meinte, die Sozialdemokratie werde doch nie die Mehrheit erhalten, so dürfte er sich irren; aber davon abgesehen, es geht nicht an, daß die Rechtsgrundlagen im Reich und in den Einzelstaaten verschieden sind. Es sind große und immer wachsende Massen, die das Reichswahlrecht fordern. Aus diesem Grunde werden wir unseren Antrag so lange einbringen, bis das elendeste aller Wahlrechte, das Dreiklassenwahlrecht, dem Erb-recht verdrängt ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hg. v. Gerlach (freis. Bgg.) regt an, über den Antrag getrennt abzustimmen, um damit den veränderten Gehalt des Antrages die Möglichkeit zu geben, wegen einiger untergeordneten Fragen, wie z. B. Wahlalter und Frauenstimmrecht, den gegen den Antrag und damit auch seinen Berechtigten, gegen zu Fall zu bringen. Wenn er auch im Verein mit den Herren der Frauenstimmrecht ist, so sei er doch aus Rücksicht auf die Frauen bei diesem Antrag gegen das Frauenstimmrecht.

Hg. v. Kardorff (Sp.): Die Sozialdemokraten berufen sich bei ihrer Kritik des Landtagswahlrechts auf den Fürsten Bismarck. Dieser erwähnte mir aber selbst, daß er das allgemeine Wahlrecht nicht gebraucht habe als einen Schachzug gegen die Opposition der manchesterlichen Fortschrittspartei. Sobald Bismarck überzeugt war, daß in den sozialen Forderungen eine Berechtigung lag, sah er sich in seinem Gewissen verpflichtet, die sozialen Geheime mit unserer Unterstützung durchzuführen. Als ein notwendiges Korrelat aber sah er eine scharfe Gesetzgebung gegen die unzulässigen Bestrebungen der Sozialdemokratie an. Ich halte es für sehr bedauerlich, daß die Sozialdemokratie es tut, in die Verhältnisse eines Reichstaates einzumischen. Die Sozialdemokratie ist in der stillen Hoffnung, auch bei uns einmal eine solche Revolution entfesseln zu können. Ob es dem Herren (zu den Sozialdemokraten) gelingen wird, wollen wir abwarten. Nicht immer behält eine Partei, die Revolution macht, dauernd die Oberhand. Ich bin gewiß kein Verehrer des Dreiklassenwahlrechts, aber es ist doch zum mindesten eine starke Hebelwirkung, wenn Herr Bebel sagt, das preussische Dreiklassenparlament habe noch kein

vernünftiges Gesetz für die breiten Massen des Volkes geschaffen.

Die Art und Weise, wie Herr Bebel den Prinzen Ludwig von Bayern umschmeichelt hat, würde einem geschulten Hofmann Ehre machen. (Sehr laut.) Herr Bebel versteht es, nicht bloß der Menge, sondern unter Umständen auch Fürsten zu schmeicheln. Uebrigens steht für mich in der Frage des Wahlrechts eine andere Autorität höher als die des Prinzen Ludwig von Bayern, nämlich die des Fürsten Bismarck. (Lachen links.) Fürst Bismarck hat sich zwar auch für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ausgesprochen, aber mit der Maßgabe, daß das dem germanischen Volkscharakter widerstrebende ge-heime Wahlrecht beibehalten werde. Lautest Gelächter links.)

Herr Bebel hat bestritten, daß heute noch jemand aus eigener Kraft zu Reichtum und Wohlstand kommen könne. Auf eine Aufforderung in der Schlesischen Zeitung sind mir 123 Briefe von solchen Leuten zugegangen, die sich emporgearbeitet haben. Die meisten schrieben aber dazu: „Wir sind allerdings keine Sozialdemokraten gewesen.“

In der Gewerkschaftsbewegung liegt eine große Gefahr; denn wenn jemand in eine Organisation eintritt, die ihm vorredet: Nur durch uns kannst du deine Lebenshaltung verbessern, so muß bei ihm ein gutes Stück Energie verloren gehen, die er braucht, um den Kampf aufzunehmen.

Hg. Bebel (Soz.): Es ist falsch, daß die Sozialdemokraten die Revolution in Rußland verheißt haben, sie haben sich stets nur bemüht, gegenüber der Darstellung in der bürgerlichen Presse auf den wahren Ursprung und die treibenden Kräfte bei der russischen Revolution hinzuweisen und daraus Schlüsse auf Preußen zu ziehen, wo man, wenn die ständigen Forderungen der breiten Massen des Volkes mißachtet würden, für einen gewalt-samen Ausbruch nicht das Volk, sondern die die-jenigen verantwortlich zu machen haben würde, die dem Volke sein Recht verweigerten. Wenn ein Prinz in Bayern sich für das allgemeine Wahlrecht ausgesprochen hat, so kann es niemandem wundern, daß wir uns darauf berufen, umso mehr, als ein preussischer Prinz von dieser Couleure bisher noch nicht zur Welt gekommen ist. (Sehr laut.)

Der Hg. v. Kardorff hat wieder seinem Sehnen nach einem neuen Sozialistengesetz Ausdruck gegeben. Sie wissen garricht, wie wenig wir uns daraus machen. (Lachen rechts.) Sie haben es ja erlebt, wie die Sozialdemokratie unter dem Aus-nahme-gesetz fortwährend gewachsen ist. Im Kulturkampf sind Sie die Verlesenen, Sie sind nach Canossa gegangen, das Zentrum ist die ausschlag-gebende Partei geworden, und Sie (nach rechts) sind die Schlepenträger des Zentrums geworden. Auch mit Ihrer Polenpolitik haben Sie ein voll-ständiges Fiasko erlebt.

St unter den von Herrn v. Kardorff angeführten hundertunddreißig Männern, die aus eigener Kraft emporgelommen sein sollen, auch nur ein landwirtschaftlicher Arbeiter? (Sehr laut und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wenn wirklich einmal ein Mann aus dem Arbeiterstande zum Millionär sich entwickelte, so müßten fünfshundert arme Teufel daran glauben. Wenn Herr v. Kardorff vor den Gefahren der Koalition gewarnt hat, so möchte ich doch fragen: Verührt nicht auch der Bund der Landwirte, beruhen nicht alle landwirt-schaftlichen Genossenschaften auf demselben Prin-zip? (Sehr richtig! links.) Der Gegen-satz

der in der Wahlrechtsfrage zwischen Nord und Süd besteht, muß und kann ausgeglichen werden. Die Abstimmung ist eine getrennte. Der erste Satz des Antrages, lautend:

„In jedem Bundesstaate und in Elsaß-Lothringen muß eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes gewählte Volksvertretung bestehen“

wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und Polen abgelehnt. Gegen den zweiten Teil, der die Forderung des Frauenstimmrechtes und die Herabsetzung der Wahlmündigkeit auf 20 Jahre enthält, stimmen alle Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten. Die Polen haben sich auffälligerweise vorher-entfernt.

Also auch ohne den zweiten Teil wollen die bürgerlichen Parteien nicht das Reichstagswahlrecht für die Landesparlamente.

Badischer Landtag.

(32. Sitzung.)

Karlsruhe, 22. Febr.

Die Generaldebatte über den Justizetat.

Ist heute nach sechstägiger Dauer zu Ende geführt worden. Herr Obfischer hielt an einen kleinen Teil der Rechtsanwältewahl eine Epistel von wegen der Pflicht und Pünktlichkeit, was aber durchaus überflüssig war, wenn es nur einige solcher Rechtsanwältewahl gibt, die derartige Ermahnungen bedürfen. Herr Wuser replizierte darauf kurz mit dem Hinweis, man möge solche Elemente dem Vorstand der Anwaltskammer namhaft machen. Genosse Lehmann ging auf die Ausführungen des Justizministers in der Dienststiftung ein und charakterisierte die wegen Streibergehen gefällten harten Urteile als Ausdruck einer Klassenjustiz. Mit Recht wies er darauf hin, daß Robeistschäfte, wenn sie nicht mit einem Streit in Verbindung stehen, nicht so hart geahndet werden. Welche Unkenntnis in den Kreisen der Regierung über die Streiks besteht, das hat der Justizminister in seiner Antwort fundgegeben. Er meinte, Streiks würden gewöhnlich durch ein Telegramm aus Berlin in Kenntnis gesetzt. Von den sehr scharfen Bestimmungen in den Streik-reglementen der Gewerkschaften hat der Justizminister keine blasse Ahnung. Soll man sich da noch wundern, wenn bei Streibergehen Urteile gesprochen werden, deren Härte in gar keinem Verhältnis steht zur Straftat? Wenn selbst der Justizminister in solchen Dingen keinen Bescheid weiß, was soll man da erst von einem Staatsanwalt erwarten, der in jedem Streikenden einen Apostel des Unwunders erblickt? — Zum Schreden des hohen Hauses ergriß um 12 Uhr Ministerialrat Trefzger das Wort. Der Herr spricht mit einer bewundernswürdigen Gründlichkeit und Ausdauer. Unter 1 Stunde tut er nicht. Heute sprach er 1 1/2 Stunden. Ihm war es zu verdanken, wenn die noch folgenden Redner sich sehr kurz fassen, so daß die Generaldebatte nach 2 Uhr geschlossen werden konnte. Präsident Willems tut es unter einer 1/2-stündigen Sitzung nicht. Wir halten solche fortgesetzte Dauerreden als nicht im Interesse der Verhandlungen gelegen. Es ist schlechterdings nicht gut möglich, jede Woche 4 Sitzungen hindurch jeweils 4—5 Stunden lang mit der wünschenswerten Aufmerksamkeit Neben mitanzuhören. Man wird dabei derart geistig abgeplattet, daß man beim besten Willen schließlich nicht mehr folgen kann. So gar dem Präsidenten kann es passieren, daß er sich tief in andere Materien verliert, daß er es über-

hört, wenn ein Redner mit seinen Ausführungen zu Ende ist. Etwas weniger lange Sitzungen scheinen uns im Interesse der Verhandlungen sowohl als der Abgeordneten wünschenswert.

Präsident Willems eröffnet um 9 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch: Das Justizministerium. Eingegangen ist eine Anzahl Petitionen, betreffend das Elementarunterrichtsgesetz, den Vermögenssteuer-gesetzentwurf und den Bau einer Bahn von Helling-nach Thengen.

Hg. Pfeffeler (natl.) befragt über die Ermäßigung der Gebühren für die Grundbuchämter, die sich be-sonders bei Kauf und Verkauf von kleinen Parzellen unangenehm geltend machen. Mit Recht sei zu dieser Frage weiter betont worden, daß das Grundbuch bei den Gemeinden belassen würde. Daran sollte nicht gerüttelt werden, umso weniger, als sich daselbst eingeleitet und die Rechtsicherheit nicht gefährdet sei. Redner tritt für eine Einstellung genügender Reisegebühren für die Weisen der Notare auf dem Lande ein; eine Erhöhung der Sätze sei geboten. Redner tritt des Weiteren für die Petition der Beamten der Gerichtsschreiber-ein und unterstützt die Wünsche Willems nach einem Landgericht in Forz-heim.

Hg. Obfischer (natl.) Auf dem Gebiete des Bau-wesens für Gerichtsgebäude und Geranganne seien noch manche Wünsche vorhanden, doch sei das Ver-dictnis anerkannt. Bei allen Wünschen, die man der Regierung entgegenhalte, sei die Antwort: es fehle an Geld; so auch bei der gerechtfertigten Forderung der Alterszulagen bei den Reservisten. Redner tritt jedoch für Erweiterung der Kompetenz der Amtsgerichte ein, die möglich und eine Entlastung der Landgerichte herbeiführen würde. Das Lob des badischen Richterstandes habe in diesem Hause durch den Hg. Sälzlin eine wesentliche Einschränkung erfahren und demselben ge-wissermaßen eine Klassenjustiz beigegeben. Er müßte es als eine unerwünschte Unbill betrachten, richterliche Urteile zu kritisieren, was nur geschehen, die Autorität der Gerichte zu untergraben. Wie weit die Sachstände dieses Redners berechtigt sei, müsse er dem Hause über-lassen.

Auf dem Gebiete des Anwaltswesens befrage er vor allem das leider um sich greifende System des Zutretens von Rechtsgelehrten. Auch das Pflichtgefühl mancher Anwälte sei nicht im erwünschten Maße vorgekommen, auf die das häufige Verlegen der Termine leitens der Anwälte zurückzuführen sei. Bei der Auswahl der Handelsrichter möchte er befürworten, die Details mehr als bisher zu berücksichtigen, wie er es auch für wünschens-wert erachte, bei der Wahl von Schöffen und Geschworenen die Arbeiter und Handwerker zu berücksichtigen, wobei er allerdings den Satz aufrecht erhalte, daß für die finanzielle Unabhängigkeit auch der Laienrichter Sorge getragen werden müsse. Bei dem Wunsch der Ueberleitung der Mit-wirkung des Laienamtes bei der Rechtspflege sei der sozialdemokratische Antrag auffällig, die Kompetenz der Bürgermeister in Strafsachen zu streichen. Was die Grundbücher betreffe, so seien verschiedene Klagen vor-gebracht, nicht zuletzt über die Kosten. Nachdem man einmal die ganze Einrichtung auf die Gemeinden zu-geschnitten, sei es auch schwer, das Grundbuchwesen auf die Amtsgerichte zu übertragen, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Kosten, die die Herstellung feuerfester Räume für die Grundbücher erfordern würden. Von einer völligen Umkehr des Systems könne also nicht ge-sprochen werden. Redner befragt ferner die Ver-setzung der im Beamtengehalt noch vorgehenden Kreis-gerichte für Beamte.

Hg. Wuser (Dem.) Die Schattens, die der Kor-redner über den Anwaltsstand geworfen, lasteten doch nicht auf dem Stande, sondern auf den Einzelnen. Der schwerste Vorwurf sei der, daß es Anwälte gebe, die sich mit Agenten in Verbindung setzen, um Klenden zu er-langen. Wenn so etwas der Anwaltskammer bekannt würde, so würde dieselbe dafür besorgt sein, solche un-lautere Elemente zu eliminieren. Er könne nur bitten, daß solche unlauteren Elemente bekannt würden. Was die Gesetzeskenntnis betreffe, so halte er es allerdings für wünschenswert, wenn ein gewisser Fond von allge-

derer Badosen gebaut. Aber nun höre weiter: Unter dem Badofen befindet sich ein Grab! — Der Prophet des Vorjahres, der stets der älteste Mann des Auis sein muß, wird lebend in das Grab ge-legt, über ihm der Ofen erbaut und das Feuer ge-macht, damit die Seele des Propheten in das Opferbrot übergebe. In dem heutigen Brot ver-gelerten wir die Seele des vorjährigen Propheten, den diesjährigen hast du unter der Erde fingen hören und mit dem Propheten, welcher im nächsten Jahre begraben wird, hast du heute gesprochen.“

Wladimir sah sich den Brauen an und sprach: „So begraben Sie ihre Propheten lebendig? Das sind ja Menschenopfer!“

„Die Duchoborzen sind die Schlimmsten nicht. Bei den Moretschick, den sich selbst Aufopfernden, würdest du noch ganz andere Dinge erleben. Diese Leute sind so gottesfürchtig, daß sie ihren Kod gar nicht abwarten, sondern, wenn es ihnen gerade ein-fällt, sich selbst bei lebendigem Leibe verbrennen, bald einzeln, bald gleich in ganzen Gruppen. Sie nennen das die Feuertaupe und preisen sie als eine Gott wohlgefällige Handlung.“

(Fortsetzung folgt.)

Kleines feuilleton.

Politische Maschade. In einem originellen Kostüm erschienen, wie die „Kosovska“ berichten vor kurzem eine schöne junge Dame auf einem Petersburger Maskenball. Das Kostüm wies vorn in großen Buchstaben das Wort „Kosovska“ auf und war von oben bis unten mit Abbildungen und Stickerien geschmückt, die deutliche Anspielungen auf das politische Leben in Rußland enthielten. Die Dame erregte natürlich allgemein es Auf-sehen, konnte sich aber ihres Triumphes nicht lange er-freuen, da sie plötzlich von Geheimwächtern aus dem Saale geleitet wurde. Sie mußte zu Hause ihr Kostüm ablegen und es als „Kosovska“ der Wo-kei überlassen. Ueber den Vorfall wurde ein Protokoll aufgenommen.

Das hinderte die unternehmungslustige Dame nicht, tags darauf bei einem anderen Maskenball in einem neuen politischen Kostüm zu erscheinen. Das Kleid war ganz schwarz und zeigte auf dem Rücken zwei stoffe von Schweinen in naturgetreuer Nachbildung. Der Kopf

Leibeigen.

Roman aus der Zeit der russischen Leibeigenschaft. Von Wilhelm Braunsdorf. (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Ich verstehe dich, aber von der Seite der Duchoborzy hatte ich bislang noch nichts gehört. — Und diese Leute leben hier inmitten der feindlichen Herzogtümer?“ sagte Wladimir ungläubig hinzu.

„Im allgemeinen leben die kaufmännischen Stämme mit den russischen Kosakoffen in bester Freundschaft. Die Duchoborzy sind fromme, friedliche Leute, die nicht mit der Absicht in dies Land kamen, die Wälder zu unterjochen, sondern um Schutz und Ruhe zu suchen. Sie tun niemanden etwas zu Leide und sie können unbehelligt leben. Sie spinnen und weben, weben und ernten, treiben Handel mit den Tscherkessen und auch allerlei nützliche Künste. Nur wenn die russischen Eroberungsheere weiter in das Land dringen, fallen die russischen Aufseher, weil eben Russen, oft dem Jorne der ergrimmten Tscherkessen zum Opfer. Dann ziehen sie sich noch weiter in die Berge hinein, denn vor ihren eigenen Lands-leuten, den Kosaken und Kopen der Rechtsaläubigen, haben sie mehr Furcht wie vor den Tscherkessen. Darum, wenn wir zu ihnen kommen, verrate ihnen nicht, daß du ein Russe bist, auch frage sie nicht nach der Bedeutung ihrer religiösen Hand-lungen.“

Wald hatten sie das Dorf der russischen An-siedlungen erreicht. Dasselbe bildete eine amnütige Niederung auf der unteren Bergterasse und wie Wladimir versicherte, befanden sich noch mehrere solcher Niederungen in dem weiten romantischen Tale.

Wladimir bot sich nun ein merkwürdiges Bild. Eine Anzahl Männer und Frauen umstanden ihn und unbewußt eine lichterloh brennende Fackel. Aber anstatt den Brand zu löschen, suchten sie denselben, indem sie dürrer Holz hinstreuten, nur noch immer mehr zu hellodernder Blut anzu-zünden.

„Was bedeutet das?“

„Die Duchoborzy trauern darüber, daß die Russen erobert in den Kaufhaus eingebrungen sind und auch ihren Frieden stören. Jetzt werden sie kalten und du wirst sehen, daß wir heute nichts als Brot und Ziegenmilch bekommen.“

Die Abenteuer sprangen von ihren Pferden. Ein alter langbartiger Mann trat aus der Gruppe, die das Feuer umstand und näherte sich dem Ankömmling. Er begrüßte sie ernst und gemessen in scherzhafter Sprache und lud sie ein, ihrer Andacht beizuwohnen.

„Ich gehöre zu euch“, flüsterte Malin dem Dorf-ältesten zu, „ich bin ein untertönerer Russe.“

Der Prophet führte beide schweigend in ein großes Blockhaus, wohin alsbald auch alle Männer und Frauen folgten und sich auf rohen Bänken niederließen, in dessen draußen der sonderbare Scheiterhaufen lustig weiterbrannte. Ein Span-ner brachte die einzige Beleuchtung in dem fahlen Räume und die Versammlung lag so lautlos und regungslos, als wären es lauter tote.

Als gelächelten Händen hörten sie andächtig den Vorlesungen des Propheten zu.

Wald bemerkte Wladimir, wie mehrere der An-wesenden mit den Fingern zu jenen, die Fackel zu heben und mit den Fingern zu stampfen begannen. Andere folgten diesem Beispiele. Nüchlich stießen die Zuhenden, Stempfenden einen Schrei aus, sprangen in die Höhe und begannen mit Kopf, Armen und Beinen gleichsam gegen die Luft zu kämpfen. Die bisher noch still und regungslos ge-wesen, schloffen sich nach und nach den Wäntern an.

Auch die Frauen huben freischend auf und sprangen und hüpfen mit den Männern um die Fackel herum wie toll zu tanzen an und alle Glieder wie verückt zu verrenken.

„Im nächsten aberedete sich der Prophet.

Mit den Armen und Beinen machte der Prophet die ungläublichen Gestikulationen, klemmte den Kopf zwischen die Beine, während die Fackel in die Luft flatterte und kämpfte so mit sonatlicher Mut gegen den unsichtbaren Geist an. Die heilige Be-

geisterung ergriff zuletzt auch Malin. Auch er stürzte sich unter die heiligen Tänzer und tat es in wilden Hochsprüngen den glaubenseifrigsten Duchoborzy gleich. Die Maserete wirkte anleidend. Selbst Wladimir fühlte, wie sich seine Wundwinkel ver-gaßen und er beduhte seiner ganzen Willenskraft, um sich der dämonischen Macht dieses teuflischen Weitzanzes zu entziehen. Der wahnsinnige Tanz dauerte so lange, bis die Tänzer erschöpft und kraft-los niederknieten.

Dann war die gottgefällige Andachtsübung zu Ende und Männer und Frauen begaben sich hinaus, denn jetzt folgte der zweite Teil der Zeremonien, die Ein-nahme des heiligen Abendmahles.

Hinter der noch immer brennenden Hütte befand sich ein Badofen, dessen Verschlußstein der Prophet jetzt löste und einen gewaltigen Brotlaib hervorjag, welcher genau vor einem Jahre in den Ofen gegeben worden war.

Kein Wunder, daß das Brot inzwischen so hart geworden war, daß es der Prophet mit einem Beile zerhacken und zerfeinern mußte. Jeder Anwesende bekam ein Stück, welcher dasselbe in eine von den Frauen herbeigebrachte Schüssel mit Ziegenmilch tauchte, um es genießbar zu machen.

Nach diesem Abendmahl sangen die Duchoborzen mit tiefer melancholischer Stimme schlecht ein-stimmte Mäler, bis der Scheiterhaufen niederbe-grennt war, worauf sich alle nach ihren Hütten gerieten.

Aber Wladimir schien es, als setze eine tiefe Stimmung unter der Erde den monotonen Gesang fort.

„Es beide Abenteuer merkte Minuten später in einer ihnen ungeteilten lauberen Dolchseite sich auf ihr Nachtlager niedergelassen, wandte sich Malin an Wladimir mit der Frage:

„Weißt du nun, Herr, welchen Zweck der Scheiter-haufen gehabt hat?“

„Ich glaube es zu wissen. Es wurde das Brot gebaden, welches im nächsten Jahre zum Abend-mahl gereicht wird.“

„Das ist richtig. Und jedes Jahr wird ein an-

meinen Rechtskenntnissen im Schlichteramt angebracht werden könne. Die Regierung könne er nur bitten, endlich mit der Einführung des Gehaltsstufens erst zu machen, die diese Lage auch im Interesse der Regierung, um nicht den Verdacht zu erwecken, es sei ihr mit dieser Revision nicht ernst. Dies würde nur das autoritative Ansehen des Reiches schädigen. Mit dem Vorredner unterstützt Redner erstlich die Würdigung des Reichsgerichtspräsidenten und tritt für einzelne Wünsche der Kollegialmitglieder der Amtsgerichte ein und speziell für die Dienerschaft des Obergerichtes in Offenbach. Endlich möchte er die Regierung fragen, wann mit dem notwendigen Neubau des Landgerichts und Amtsgerichts in Offenbach begonnen werde.

Abg. Lehmann (Soz.):
Ich habe zunächst nur die Absicht, einen Fall widerrechtlicher Internierung in einem Irrenhaus zur Sprache zu bringen. Nachdem aber der Justizminister unsere Partei angegriffen hat, muß ich auch darauf zurückkommen. Wenn wir uns Kritik an Richtern erlauben, so wollen wir damit keineswegs die Unabhängigkeit der Richter antasten. In subjektiver Einsicht greifen wir die Urteile nicht an. Vor 2 Jahren haben wir den Fall gehabt, wo eine Dame über 8 Jahre in einer Irrenanstalt widerrechtlich festgehalten worden war. Die Sache wurde in Büchern und Broschüren lebhaft besprochen; jetzt haben wir einen ähnlichen Fall, wo eine Dame auf eine falsche Diagnose hin in einer Irrenanstalt interniert wurde. Es wurden dabei die gesetzlichen Bestimmungen nicht beachtet, wie das Urteil des Strafenats feststellt. Allerdings habe der Strafenat auch betont, daß ein böses Motiv bei den Ärzten, welche die Internierung der Dame angeordnet hatten, nicht vorgelegen habe. Eine solche Auffassung durchbreche unsere Rechtsgarantien. Hier hätte die Justiz einen schärferen Standpunkt einnehmen müssen. Wenn jemand arm ist, so kommt er nicht leicht in Gefahr, bei geistig normalem Zustand in ein Irrenhaus interniert zu werden. Wenn aber, wie im vorliegenden Falle, jemand einige Tausend Mark Reuegeld bei sich führt, ist die Gefahr, unberechtigt in Gefahr zu geraten, eine viel größere. Möge die Justizverwaltung hier schärfere Bestimmungen erlassen.

Die Notwendigkeit der Reform unserer Strafprozessordnung wurde allerorts anerkannt. Der jetzige Zustand sei oft geradezu ungeheuerlich. Es sei das Kennzeichen unserer ganzen Strafgesetzgebung, daß das Eigentum besser geschützt sei, als die Person, sofern es sich um Körperverletzungen usw. handelt. Von diesem Gesichtspunkt aus sind die Urteile, wie sie oft bei ganz kleinen Diebstählen gefällt werden, erklärlich. Der Charakter der Gesellschaft tritt hier deutlich zutage. Mit der Milderung der Produktionsweise muß auch das Recht geändert werden. Durch harte Strafen, wie sie bei Eigentumsvergehen oft gefällt werden, wird an der Eigentumsform nichts geändert. Redner plädiert für Befreiung des § 166 des Strafgesetzbuches, gegen welchen oft in Unkenntnis der Gesetze verurteilt wird. Man halte deshalb an dem Korriganden fest, um diejenigen Personen zu schützen, die an die persönliche Eiligkeit Gottes glauben. Auch der Majestätsbeleidigungsparagraph sollte endlich fallen. Neuerdings werde dieser Paragraph sehr oft angewandt. Es komme das daher, daß der Kaiser sehr oft in die politischen Fragen eingreife und zwar in schärfster Form. Wer so von der Redefreiheit Gebrauch mache, der sollte nicht besonders geschützt sein. Zu welchen Zuständen das führt, das zeigen die vielen Denunziationen. Für die Aufrechterhaltung des Paragraphen, der die Homosexualität bestraft, besteht kein Bedürfnis. Er sollte bei der Reform der Strafprozessordnung ebenfalls beseitigt werden.

Der Staatsminister hat dem Gedanken Ausdruck gegeben, wir wollten die Unabhängigkeit der Richter nicht anerkennen und er hat sich dabei auf eine Notiz im Volksfreund berufen. Diese Notiz habe aber einen ganz anderen Sinn gehabt. Der Verfasser wollte lediglich konstatieren, daß offenbar seitens der Justizverwaltung besonderer Wert darauf gelegt wird, gegen Strafberechtigten rücksichtslos vorzugehen. Auf das Strafmaß hat der Standpunkt, den der Justizminister in solchen Fragen einnimmt, zweifellos einen Einfluß. Als das Sozialistengesetz fiel, wurde von der Reichstagstribüne herunter der Ruf laut, es müßte das gemeine Gesetz jetzt schärfer zur Anwendung kommen. Und es ist gelinde; es sind ungeheuerliche Urteile gefällt worden. Das man die Strafkammer härtere Urteile fällen, als andere, könne doch nicht bestritten werden. Der Staatsminister habe ein Urteil der Karlsruher Strafkammer wegen eines Vergehens

vor mit einem knallroten Dute gekleidet, das man zweifellos rote Fäden herauswühlen; auf diesen Fäden standen die berichtigten Worte: „Patronen dir ein nicht gepart werden.“ „Sind das nicht gekochten werden.“ Kom war das ganze Kleid mit Blutstropfen bedeckt, die bekannten russischen Wärdentäger verriet. Auch dieses Kleid wurde von der Volkszeitung als ein solches Kleid übertrieben, obwohl sie bei der Prämierung nicht mehr am Ende war, auf dem Rasenballe den ersten Preis für die originellste Verkleidung.

Geistliche Zeichen. In Bremen sind jetzt drei evangelische Pastoren in die Leitung des Kirchenbundes eingetreten, der, auf dem Boden der „Naturwissenschaften“ stehend, das Dasein eines vernünftigen Gottes leugnet. Die drei Bremer Geistlichen sind der Pastor Dr. A. Kallhoff an St. Marien, Pastor Fr. Steudel an St. Remberti, die beide aus dem Ausschuss angehören, und Prediger D. Marquardt an Dom. Ein orthodox-protestantisches Blatt, der „Alte Glaube“ (Nr. 19) bemerkt dazu: „Wie tief ist doch eine protestantische Landeskirche gesunken, die ruhig duldet, daß ihre Diener zu gleicher Zeit der „Katholischen“ und der „Christusgemeinde“ dienen! Man hat manchmal das Gefühl, daß unsere evangelischen Geister nicht eher ruhen werden, als bis sich jede christlich denkende Seele mit Ekel und Abscheu von solchen landesfremden Zuständen abwendet.“ Wie, wenn es aber umgekehrt wäre, und jedermann sich „mit Ekel und Abscheu“ von solcher Ketzerei abwendete?

Verurteilungen auf der Strafe sollen in Berlin zur Einführung gelangen. Die Regierung wird gleichzeitige Gelegenheit geben, den älteren Plan der Polizeiverwaltung, Spätlingbriefkasten einzurichten, zu verwirklichen. Zur Aufnahme der Spätlingbriefkasten sollen Säulen dienen, die anstelle der bisherigen Urnensäulen treten. Für die neuen Säulen soll eine besonders gefällige Form durch einen allgemeinen Wettbewerb gefunden werden. Es werden ebenfalls durch eine Normaluhr getönt, die vier Stunden werden von der Postverwaltung Fernsprechatomaten aufgestellt, die in der üblichen Weise benutzt werden können. Die Reichshauptstadt erhält damit eine Einrichtung, deren sich die skandinavischen Länder seit einer Reihe von Jahren erfreuen. Es ist beabsichtigt, etwa 30 derartige Säulen aufzustellen. Ungefähr 20 davon werden mit Spätlingbriefkasten ausgerüstet. Die übrigen 10 sollen dazu verwendet werden, Spätlingbriefkasten anzuschließen. In diese Briefkasten können Briefsendungen nach dem Eintreten der gewöhnlichen Schließzeiten gelegt werden. Sie werden von Radfahrern geleert und erreichen so noch im letzten Augenblick bestimmte Bahnhöfe.

gegen den § 153 der Gewerbe-Ordnung als durchgerechtfertigt erklärt. Es läßt sich aus jeder Zeitung der Radweiss führen, daß die Robeitsdelikte, wenn sie nicht aus Anlaß eines Streiks vorkommen, viel mehr beurteilt werden. Der Streikbrecher genieße einen besonderen Genuß. Dieser Streikbrecher werde aber von den Arbeitern mit Recht verachtet. Die Gesetzgebung mag ihn noch so sehr schützen und hüten, er verfällt doch der Verachtung. Mögen die Urteile noch so streng sein, die Arbeiter werden das Gefühl der Solidarität hochhalten. In vielen Fällen sind die Arbeiter gezwungen, auf streikbrechende Kollegen einzuwirken. Die Arbeitgeber können sich infolge ihrer kleineren Zahl viel leichter zusammenschließen. Und wie steht es mit den schwarzen Listen, wodurch viele Arbeiter dem Hunger preisgegeben werden? Ist das kein Terrorismus? Und mit welchen Mitteln erpressen die Arbeitgeber die Solidarität ihrer Kollegen? Ich erinnere an die Sichtwechsel, im Falle ein Arbeiter den Kontrakt, den er mit seinen Kollegen abgeschlossen hat, bricht. Wie kann man sich über so geringfügige Vergehen der Arbeiter entrüsten, wo doch auf der anderen Seite viel schlimmere Dinge passieren? Ich erinnere nur an die Vorgänge beim Grimmitzauer Streik. Auch beim Mannheimer Hafnarbeiterstreik sind Dinge passiert, die zeigen, daß im Klassenkampf auch in Baden die Gesetze so angewandt werden, wie es den Interessen der Besitzenden entspricht. Daß mit zweierlei Maß gemessen werde, zeigen die Urteile gegen die Quallanten. Er wolle das Exemplar nicht machen und die Frage aufwerfen, wie viele unter den Männern an der Regierungsbank das Quall unter allen Umständen ablehnen.

Die Urteile seien nicht frivol; es sei deshalb die Auffassung der Justizverwaltung, als bedürfe der Streikbrecher eines besonderen Schutzes, durchaus hinfällig. Wir haben Kritik an den Klassenurteilen geübt und werden das auch ferner tun. Der Staatsminister sei, seitdem wir zu 12 Mann hier sitzen, etwas nervös geworden. Für den Vorwurf, daß wir in den Veranlassungen zu Gesetzeswidrigkeiten aufgerufen, hat der Staatsminister bis jetzt noch keinen Beweis erbracht. (Bravol bei den Sozialdemokraten.)

Staatsminister v. Duff bemerkt dem Vorredner gegenüber, daß die Bestimmungen über die Aufnahme in Irrenanstalten Angelegenheit des Ministeriums des Innern sei. Er müsse aber auch Verantwortung einlegen gegen die Kritik des Vorredners an einer Entscheidung des Strafenats des Oberlandesgerichts. Ferner erkläre er, daß kein Erlaß des Justizministers an die Staatsanwaltschaften vorliege, in Strafanlagen besonders streng vorzugehen, wobei doch auch gesagt werden müsse, daß ein Streik nicht ipso jure ein gerechtfertigter sei. In ungleicher Weise werde nicht gemessen, bei den „Genossen“ auch keine Ausnahme gemacht. Was die Haltung der Anwälte in Bezug auf Strafen betreffe, so liege es doch in der Natur der Sache, daß die Anwälte in ihrer Stellung die Gesichtspunkte der Rechtsämter vertreten, wobei von einer Unterordnung der Anwaltschaften nicht gesprochen werden könne.

Geh. Oberregierungsrat Freytag verbreitet sich eingehend über die Organisation des Notariats und Grundbuchwesens, da bei der Kürze der Zeit die Unzulänglichkeit wohl verständlich sei. Der Notariatsrat für die Notare sei gewiß ein beschwerliches, doch werde derselbe mit der Zeit zurückgehen. Er möchte auch betonen, daß die Regelung des Gehaltsstufens im Auge behalten werde. Was die Einführung der Stenographie in den Gerichtsbereichen betreffe, so sei dieselbe gewiß mangelhaft, doch sei die Idee ohne großen Wert, wenn nicht auch der Richterstand die Kenntnis der Stenographie besitze.

Abg. Duffner (Str.) bekennt die übertriebene Arbeit in den Strafen und beklagt die Errichtung eines Amtsgerichtsbezirks für Stuttgart mit dem Sitz des Amtsgerichts in Gurtmannen.

Abg. Bretner (Str.) erhebt sich gegen die Aufhebung des § 166 A. d. G. B., der nicht die Gerechtigkeit fördern, sondern das Gefühl aller jener, die an einen Gott glauben, Redner bezieht ferner eine Reihe spezieller Fragen auf dem Gebiete des Strafrechts.

Abg. Göttinger (Str.) beklagt die Errichtung eines Landgerichts in Balingen, da die Entfernung von Stuttgart 94 Kilometer betrage und die Stelle mit großen Kosten verbunden sei. Ein Gebäude für dasselbe sei schon vorhanden.

Abg. Heiß (konf.) wendet sich gegen den Vorschlag, den Eid seines religiösen Charakters zu entheben, was nur zu einer Verweigerung der Weine führen werde.

Nach einem Schlusswort des Reichsgerichtspräsidenten wird die Generaldebatte nach 2 Uhr geschlossen.

Badische Politik.

Auf die sozialdemokratische Interpellation, die Uebersendung von Denkschriften betr., hat der Minister in einem Schreiben an die Zweite Kammer ausgeführt, daß es seither im allgemeinen nicht üblich war, daß Denkschriften, welche die große Regierung als Grundlage für die Erörterungen der in den verschiedenen Zweigen der inneren Verwaltung bestehenden Beratungsvorständen, wie Landwirtschaftrat u. a., ausarbeiten ließ, von vornherein auch dem Landtage mitgeteilt wurden. Der Minister ist jedoch bereit, die Denkschrift über die Fleischversorgung aus dem noch zur Verfügung stehenden Vorrat in einer größeren Anzahl von Exemplaren dem Landtage mitzuteilen.

Ueber die Verwendung der Wasserkräfte des Rheins sprach am Mittwoch Abend Herr Ingenieur Krey im Kaufmännischen Verein Karlsruhe. Der Redner verweist einleitend auf die schwierige Lage der deutschen, speziell aber der badischen Industrie hinsichtlich der Konkurrenz des Auslandes. Hier könne durch billigen Kraftbezug eine wesentliche Besserung herbeigeführt werden. Der Rhein berge Kleinmengen von Kraft, die heute unbenutzt dem Meere zugeführt werden. Zurzeit planen einige Städte die Ausnützung der Wasserkräfte des Rheins durch Kraftanlagen. Dieses Vorhaben der Städte, das an und für sich ja zu begrüßen sei, führe aber dazu, daß die besten Stücke des Rheins herausgeschnitten werden. Das sollte der Staat in seinem und des ganzen Volkes Interesse verhindern und zwar durch die Anlage eines Kraftkanals, der zugleich als Schiffahrtskanal Verwendung finden könnte. Die Wasserkräfte des Oberrheins, von Basel bis Straßburg lieferten etwa 20000 Pferdekraft. Es könnte also doppelt so viel Kraft geliefert werden, als zurzeit benötigt wird. Zur zweifachen Anlage des Kanals müßten sich Baden und die Reichslande verständigen, was, wenn man den Nutzen für die Volkswirtschaft beider Staaten im Auge behält, nicht schwer sei. Die technischen Schwierigkeiten der Anlage eines solchen Kanals seien leicht zu beheben. Der Rhein sei ein zuverlässiger Kraftspender für die Industrie sowohl als für den Gewerbebetrieb. Aber auch die Städte und Gemeinden würden durch die Anlage eines solchen Kraftkanals mit Kraft für die verschiedensten Zwecke versorgt. Die Ergebnisse gegenüber den Kosten des jetzigen Kraftbezugs würde sich auf mindestens 25 Prozent belaufen.

Durch die Konzessionen, wie sie jetzt erteilt werden, gehen die größten Kraftmengen, die der Rheinstrom liefern kann, verloren. Man solle nicht vergessen, daß der Bezug der Kohlen immer teurer und schwieriger wird. Durch die Verwertung der Rheinwasserkräfte konnte der Staat sich selbst sowie die Industrie von der Kohlenkraft und damit von der Konjunktur des Kohlenpreises unabhängig machen. Wichtig sei, daß der Staat für den Eisenbahnbetrieb, der über kurz oder lang in der Hauptfrage durch elektrische Kraft erfolge, die nötigen Kraftmengen aus einer solchen Kraftanlage beziehen könne. Die Ersparnis an Ausgaben für den Kraftbezug würde sich auf mindestens 2 Millionen jährlich belaufen, bei 24stündiger täglicher Ausnützung wären noch weit größere Ersparnisse zu machen. Dabei würde Kraft für die Beleuchtung längs der Bahnstrecke unentgeltlich geliefert.

Redner erläutert noch die Vorteile, welche das Kleinergewerbe von einer solchen Kraftanlage hätte. Hier handle es sich um die Lösung einer ungelösten wichtigen Kurulfrage, der sich der Staat nicht entziehen könne, wenn er sich nicht an der Entwicklung der Volkswirtschaft in schärfster Weise beteiligen wolle.

Der Vortrag, der durch eingehende technische Ausführungen geführt war, fand lebhaftes Anerkennung. In der Diskussion wurden an den Herrn Referenten verschiedene Anfragen gestellt, die derselbe in sachverständiger Weise beantwortete.

Die Budgetkommission der 2. Kammer genehmigte das Budget für Förderung der Landwirtschaft. Die Vermögenssteuerkommission hat mit einem Vortrage des Reichsgerichtspräsidenten, Abg. Schärer, ihre Arbeit begonnen.

Die Politik im Reichstag. Die badische Zentrumspartei, vertreten durch ihre Redakteure, hat gegen Herrn v. Staussmann's Jungens in Rom ein Privatklage erhoben wegen der von ihm in einer Versammlung gehaltenen Reden. — Staatsanwalt Jungens' Feindschaft hat die Freie Stimme in Radolfzell verlag.

Deutsche Politik.

Nur im Zirkus
kann man auf solche Clownc-Spiele kommen, wie sie bei der Versammlung des Bundes der Landwirte, der verhandlungsunfähig seit Jahren im Zirkus Busch in Berlin tagt, den Landwirten, die froh sind, einmal von Nattern losgekommen zu sein, in voriger Woche vorgemacht wurden. Wohl das Tollste, was man aber je in einem Zirkus erlebt hat, ist die Rede des bekannten Dr. Diederich Sabn gewesen.

„Wenn“, so rief er pathetisch aus, „sich das verheerete Proletariat wieder einmal zusammenrotten sollte, dann möge E. Majestät die Mitglieder des Bundes der Landwirte nach Berlin berufen. Sie würden allein imstande sein, der Gefahr zu begegnen.“

Prälimärer Beifall lobnte Herr Sabn für diesen neuesten Schlag, der noch weit über den Spah jenes preußischen Kriegsministers ging, der Sozialdemokratie mit Feuerstrahlen den Garaus zu machen. Der folgende Beifall war um so nötiger, als er einen andern vor 13 Jahren gemachten ausgedehnten Witz überboten sollte, als der Bund der Landwirte vor eben diesen 13 Jahren auf jenen Witz gerade gegründet wurde. Sein Gründer nämlich war es, der Herr v. Rupprecht-Makern, der in seinen Auftruf an die Landwirte vom Januar 1893 die Worte setzte:

„Ich schlage nichts mehr und nichts weniger vor, als daß wir unter die Sozialdemokraten gehen und ernstlich gegen die Regierung Front machen, ihr zeigen, daß wir nicht geknickt sind, uns weiter so schlecht behandeln zu lassen.“

Von seinem Gründer darf man aber dem Bunde der Landwirte heute nicht mehr sprechen, am allerwenigsten seinen heutigen Führern, die selbst den Antifemismus heuchellos vor den Agrarierkreisen spannen, unter dessen Rädern schon Millionen beschiedener Erntingen ihren letzten Seufzer getan haben.

Die Angst vor der Revolution
spricht noch immer. Anders kann man gar nicht die Tatsache auffassen, daß die Oberpräsidenten der preußischen Provinzen angezogen wurden, so wie sie es für angebracht halten, Kollegeverordnungen zu erlassen, wonach Revolver, Floberbüchsen, Leinwände, Dolche und Jagdgewehre nur an Personen verkauft werden dürfen, die einen politischen Waffenschein besitzen. Waffenscheine werden für die Zukunft nur an Personen ausgestellt, die ein Bedürfnis zur Führung dieser Waffen nachweisen. „Zuverlässig“ sind und ein Alter von 21 Jahren aufweisen. Die Waffenhandlungen können angezogen werden, genaue Verkaufsregister zu führen.

Der Aufreizungsprozess in Elberfeld, der mit so viel Staubaufwirbelung in Szene gesetzt worden war und schon vor Erhebung der Anklage immer mehr zusammengebrochen war, ist nun als Hornberger Schieße ausgefallen. Der einzige Angeklagte, Genosse Ullmann, langjähriger Vertrauensmann der Partei und Geschäftsführer der Elberfelder Parteidruckerei, sollte wegen der Wahlrechtsflugblätter, die übrigens vorher schon in anderen Orten gerichtlich wieder freigegeben worden waren, nach dem Willen des Staatsanwalts für 1 Jahr ins Loch, nachdem er — d. h. nicht Ullmann, sondern der Staatsanwalt — viel von der Etablierung der Diktatur des Proletariats, von Attentaten, Anarchismus, Kruppenkonfignation, dem Wohlsein der deutschen Arbeiter und von anderen ihm ebenso wenig verstandenen und noch weniger verstandenen Dingen geredet hatte. Aber das Richterkollegium ließ sich durch dieses Gerede doch nicht beirren; es verurteilte die Freisprechung, nachdem die Verhandlung über zehn Stunden gedauert hatte.

Die aufreizende Geschichte, daß die Behörde gleich eine Portion von Artikeln strafrechtlich verfolgt, zu dem Zweck, Herausgeber einzelner Stellen aus den verdächtigsten Artikeln und das Wiederzukommen der Stellen in einer dem Anlagengebäude ausgedehnten Manier, macht Schule. Der Erfolg des Leipziger Staatsanwalts läßt seinen preußischen Kollegen in Erfurt nicht mehr ruhig schlafen; Worte wie „Reber mit der Reaktionsal Sturmflug gegen die Reaktion“, das Schillerische Ketterliche und jetzt ihr nicht das Leben ein um“, das auch den Fallenen Staatsanwalt so begünstigt hat, und dgl. harmlose Redensarten, die unser Erfurter Organ teils in eigenen Artikeln, teils durch Wiedergabe von Preß-Ausschnitten verbreitet hat, haben

ihm einen Prozess eingetragen, der auf 6 Artikel aufbaut wird. Ein 7. Artikel bringt — das dürfte in Einsicht unserer geistigen beglückten Ausführungen von besonderem Interesse sein — nicht nur den Genossen v. Rojewski als Redakteur, sondern auch die Genossin Ziegl-Samburg als Verfasserin eines von ihr unterzeichneten Brandartikels mit auf die Anklagebank.

Notiztafel. Eine Amnestie für Brechen wird gelegentlich der nächsten Session des Reichstages erwartet; abgesehen davon, daß seit langem bei solchen Gelegenheiten nur Strafen bis 150 Mk. über 6 Wochen Gefängnis beim. Haft in Begleit kommen. Von beratiger Erwartung überhaupt schon oft getrieben, für Baden hätte der Akt überhaupt keine Geltung. Die Aufhebung der billigeren Nachsteuer- und Einkommensteuern hat die Steuerkommission auf Antrag des Reichstages gegen die freijährigen und freijährigen Einkommensteuern beschlossen. Einer der vorläufigen Angriffe auf den Verleiher, die jemals gemacht wurden! Wir kommen morgen darauf zurück.

Husland.

Allgemeines.

Italien. Übermals kommt die Nachricht von Bauernrevolten. Diesmal ist der Schauplatz Mittel-Italien, 17 Kilometer vom adriatischen Meer entfernt. Die Bauern erheben sich wegen Steuerüberlastung. Das Rathaus wird demoliert.

Dänemark. Die neue Einteilung der Wahlkreise, durch die die Zahl der Abgeordneten von 114 auf 124 erhöht wird, ist in der vorigen Woche vom Folketing einstimmig — allerdings bei Stimmenthaltung der Konservativen — beschlossen worden. Sie wird vor allem der Sozialdemokratie zugute kommen. Nun soll sich die Landbevölkerung mit der Angelegenheit befassen und es wird interessant sein, zu erfahren, wie sich die Konservativen hier, wo sie etwas zu bedeuten haben, dazu stellen werden. Da zunächst die Folgebewahlen, dann die Landstingswahlen vor der Tür stehen, müssen ja auch sie einigermaßen Rücksicht auf die Wähler nehmen.

Hus der Partei.

An die Vorstände der sozialdemokratischen Vereine. Der letzte Landesparteitag hat bekanntlich beschlossen, das Protokoll des Parteitag im Druck erscheinen zu lassen. Dilem Protokoll wird der Bericht des Landesvorstandes an den Parteitag beigegeben.

Die Vereinsvorstände, welche nun die tabellarischen Angaben über ihre Vereine zu erörtern über etwa zu berichtigen haben, werden gebeten, sofort dem unterzeichneten Parteisekretariat Mitteilung zu machen, damit die gewünschte Menderung im Protokoll noch berücksichtigt werden kann. Wir hoffen, daß das Protokoll recht bald erscheinen kann. Dasselbe wird zu den Verteilungsstellen an die Parteiorganisationen abgegeben. Wir bitten jedoch, für regen Abfall besorgt zu sein.

Das Parteisekretariat:
Emil Eichhorn.

An der Nachwahl in Bretten

beteiligen sich die sozialdemokratischen Wähler durch Aufstellung eines eigenen Kandidaten. Aufgestellt wurde

Genosse Gg. Zischer in Bretten.

Die Genossen werden dringend ersucht, die Wahlkagitation mit großem Eifer zu betreiben, damit der Erfolg nicht ausbleibt.

Genosse Rebel feierte gestern seinen 66. Geburtstag. Es sind nun gerade 35 Jahre her, daß Rebel auf Befehl Bismarcks nach Kriebitz und Gernert, des Hochverrats angeklagt und in Untersuchungshaft genommen, seinen Geburtstag hinter Schloß und Riegel verbrachte. Nicht zum letzten Mal. Noch so manches Mal hat die Reaktion Hand an ihn gelegt mit dem Erfolge, daß die sozialdemokratische Partei in diesem Kreis immer noch, gerade erst recht seinen ersten Führer, die Reaktion in ihm ihren abgeben, unerwünschtesten Feind sieht. Weides mit vollem Recht. Wir können den Jubilar, wie der Partei, nicht besseres wünschen, als daß der Tag noch recht oft wiederkehren, der treue Freund des Proletariats in größter Freiheit zu ungezählten Malen erleben möge!

Stuttgart, 22. Febr. Wir machen auch an dieser Stelle nochmals auf das Fallvergehen der verurteilten hiesigen Revolververleiher aufmerksam. Der Fall findet in der hies. Festhalle am Samstag, den 24. Februar. Das äußerst humoristische Programm wird angezogen werden, genaue Verkaufsregister zu führen.

3. Kreis. Wir bringen den Mitgliedern der Kenntnis, daß an Stelle des Genossen Müller (Genosse) als Vertrauensmann des 3. Kreises ernannt. Alle Kandidaten und Gebildungen sind zu richten an Jakob Forsthuber, Schreiner in Schöpsheim, Hauptstraße.

Die Mandatsübernahme des Genossen Krause ist erfolgt. Die Wahlkreiskonferenz hat die Resolution des sozialdemokratischen Vereins Darmstadt angenommen, als Kandidat für die bevorstehende Erziehungswahl Genosse Vertbold gewählt.

Der kal. bayerische Sozialdemokrat Nos. Schaner ist aus dem sozialdemokratischen Verein München ausgeschieden. Damit ist die humorvolle Geschichte eines von Genossen zurechtgerückten Mitgliedschaft der Sozialdemokratischen Partei zu Ende.

„Bessere Wahlrechtsverhandlungen“ sollen in ganz Sachsen am 3., 4. und 5. März stattfinden. Die sozialdemokratische Zentralkomitee für Sachsen vertritt nicht einen Ruf an die Vertrauensleute der Partei, sondern vielmehr die Vorbereitungen zu diesen Parteikonferenzen zu treffen, zu denen die Regierg-Beauftragten kommen werden. Als Thema wird empfohlen: 36 Jahre Dreiklassenwahlrecht in Sachsen.

Nur die Sozialdemokratie fordert dafür, daß die Wahlrechtsfrage nicht von der Tagesordnung verdrängt wird.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

700 Textil-Arbeiter und -Arbeiterinnen sind in Mülhausen (Elsas) in den Streik eingetreten. Sie handeln sich um die Erringung des Lohnstundentages der Firma Frey u. Co.

Badische Chronik.

„Konstanz, 22. Febr.“ Von der hiesigen Erntekammer wurde heute der 67jährige Maurermeister Jakob Kistler von Weiskirch wegen Vergehens gegen § 163, 189 und 78 des St. G. B. zu einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten, unter Anrechnung von 10 Tagen Untersuchungshaft, verurteilt. Der Angeklagte, der 27. Rosen-Febr. verhaftet ist, hat am 24. November u.

Arbeiter-Radfahrerverein Karlsruhe.

Samstag den 24. Februar in den Lokalitäten der Restauration Mühlstein 716

Masken-Kränzchen

Anfang punkt 8 Uhr. Schluß nach 12 Uhr.
Obligatorische Karrenabzeichen zu 20 Pfg. berechnen zum Eintritt.
Freunde und Gönner sind herzlich eingeladen.

Die Kommission.

Karlsruher Athleten-Gesellschaft

An dem am Samstag den 24. Februar d. J., abends 8 Uhr, im Schreypp'schen Bierkeller, Peterheimer Allee Nr. 18, stattfindenden

Kostümkränzchen mit Tanz

laden wir sämtliche Mitglieder nebst Familien-Angehörigen sowie Sportsfreunde und Gönner des Vereins mit der Bitte, zahlreich zu erscheinen.
Höflichst ein.

Zur Verteilung gelangen 3 Damen- und 3 Herrenpreise.
Dies statt jeder besonderen Einladung.

Der Vorstand.

NB. Kopfbedeckung obligatorisch und am Eingang zu haben.

Fastnacht Montag, den 26. Februar,

Großes Faschings-Konzert

mit äußerst reichhaltigem Programm in unübertroffener Vollenbung, in den festlich decorierten Räumen des Gasthauses zum

Ritter in Mühlburg

ausgeführt von der vollständigen Kapelle der 1. Pflüsch-Matrosen-Division
Herrn Kommandanten, Kapellmeister: Herr Juan Mentenschulo.

Anfang 8 Uhr. Eintritt frei.

Es ladet zu zahlreichem Besuche freundlichst ein

Hermann Muser. 712

Grosse Karnevals-Gesellschaft Karlsruhe.

Sonntag den 25. Februar, vormittags 11 Uhr 11 Min., im Colosseums-Saal musikalischer, deklamatorisch-equilibristischer

Frühschoppen.

Eintritt frei für jedermann.

Der Elfer-Rat: 707

Kaller. Schneider.

Restauration „Zum Civoli“, Pforzheim.

Samstag den 24. Februar 1906:

Schlachtpartie

wom Freunde und Bekannte freundlichst einladet

Karl Landsee zum „Civoli“ 710

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an unserem früheren Verluste sprechen wir allen unseren tiefgefühltesten Dank aus.

Karlsruhe, 22. Februar 1906.

Josef Geng. Otto Geng. 713

Fastnachts-Krapfen

Mehl:

Krapfen-Mehl I, pr. a 17, 5 a 80

Krapfen-Mehl O, pr. a 18, 5 „ 85

Krapfen-Mehl in 5 a-Handtuchsäckch. 95

Schmalz:

gar. rein amerikanisches, a 50

„ „ deutsches, „ 60

Margarine, Süßrahm, „ 70

Pflanzenfett, pr. a 55 und 65

(Coco-Nußbutter)

Backöl, Liter 60

Zum Füllen der Krapfen:

Melange-Marmelade, u 25, 5 u-Gimer 1.25

Pflaumen, „ u 30 „ 1.40

Mirabellen, „ u 40 „ 1.75

Erdbeere, „ u 50 „ 2.25

Himbeer, „ u 50 „ 2.25

Zweitschen-Lattweg u 22

gar. rein, nur mit Zucker vermischt empfehlen

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H. in den bekannten Karlsruher Verkaufsstellen.

Festhalle Karlsruhe.

Samstag, den 24. Februar 1906, abends 8 Uhr,

Grosser Maskenball

verbunden mit Prämierung
der schönsten und originellsten Herren- und Damenkostüme im Gabenwert von 520 Mk. (6 Herren- u. 10 Damenpreise, darunter je 100 Mk. bar als 1. Herren- und als 1. Damenpreis), sowie der schönsten u. originellsten Gruppen, jede aus mindestens 4 Personen bestehend (4 Geldpreise von 300 Mk., 150 Mk., 80 Mk. u. 50 Mk.)

ausgeführt von den vollständigen Kapellen des 1. Bad. Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109, unter Leitung des Regl. Musikdirektors Herrn Boettge, des 1. Bad. Feld-Art.-Regts. Nr. 14 und des 3. Bad. Feld-Art.-Regts. Nr. 50, abwechselnd unter Leitung des Regl. Musikdirektors Herrn Liese und des Stabsstrompeters Herrn Schotte.

Nach der Preisverteilung (nach Nr. 17) 1 Stunde Pause.

| PROGRAMM: | |
|---|----------------------|
| 1. Marsch: „Lustig bum, fröhlich bum“ | Viele. |
| 2. Ouvertüre zur Operette „Eine Dame“ | Suppé. |
| 3. „Drei unten im Silden“ Amerikan. Fantasie | Middleton |
| 4. Polonaise: „Am Hochzeitsmorgen“ | Lebedev. |
| 5. Walzer: „La Barcarolle“ aus Hoffmanns Erzähl. | Bertr. |
| 6. Française nach Motiven der Operette „Der Vogelhändler“ | Jeller. |
| 7. Fantasie aus der Oper „Carmen“ | Biel. |
| 8. Walzer: „Unter Palmen und Blumen“ | Etahn. |
| 9. Salonstück: „Hänel und Gretel“ | Mädiger-Krafftendorf |
| 10. Française nach Motiven der Operette „Die Kledermaus“ | Etrauf. |
| 11. „Eine lustige Fahrt durch die musikalische Welt“ | Kaufm. |
| 12. Mazurka: „La Carine“ | Ganne. |
| 13. Lancer: „The Gaiety“ | Jones. |
| 14. Schottisch: „Mollette“ | Wißner. |
| 15. Walzer: „Frühlingsluft“ | Reiterer. |
| 16. Française: „Carmen“ | Biel. |
| 17. Polonaise: „Dresdener Hofball“ | Schröder. |
| 18. Walzer: „España“ | Waldeufel |
| 19. Rheinländer: „Schneeflocken“ | Liese. |
| 20. Française: „Die goldene Märchentell“ | Berté. |
| 21. Polka: „Die Aftareise“ | Suppé. |
| 22. Mazurka: „Hand in Hand“ | Latana. |
| 23. Walzer: „Luna“ | Sinte. |
| 24. Lancer: „Mansell Angot“ | Leocq. |
| 25. Mazurka: „Der erste Liebestraum“ | Dellingner. |
| 26. Walzer: „Eisenreigen“ | Gungl. |
| 27. Française: „Hermine“ | Ivanovici. |
| 28. Schottisch: „Herz Dame“ | Fahrbach. |
| 29. Rheinländer: „Ungarisch“ | Hirte. |
| 30. Lancer: „Vis-à-vis“ | Faul. |
| 31. Walzer: „Wiener Bürger“ | Ziehrer. |
| 32. Mazurka: „Die Vögel“ | Fahrbach. |
| 33. Française: „Amor an Bord“ | Sullivan. |
| 34. Galopp: „Schlittschuhfahrt“ | Ball. |

Die mit geraden Nummern bezeichneten Stücke werden von der Grenadier-Kapelle, die mit ungeraden Nummern bezeichneten werden von den Artillerie-Kapellen gespielt.

Eintrittskarten im Vorverkauf für die Person zu 3 Mk. sind von Mittwoch den 21. Februar bis Samstag den 24. Februar abends 7 Uhr, zu haben bei:

- | | |
|---|--|
| Herrn Kaufmann F. Kühnel, Durlacher Allee 4. | Herrn Kaufmann A. Lindenlaub, Kaiserstraße 191. |
| „ Eduard Kluge, Kaiserstraße 51. | „ G. Schneider, Kaiserstraße 207. |
| „ Hofmeister A. Fren, Kaiserstraße 99. | „ Hofmeister W. L. Schwab Nachf., Amalienstraße 19. |
| „ Kaufmann A. Stauffert (P. E. Ritter's Detail), Kaiserstraße 113, Ede Adlerstraße. | „ Kaufmann Chr. Weber, Kriegstraße 3 a. |
| „ J. Kiesel, A. L. Weh's Nachf., Kaiserstr. 150. | „ M. Steinmann, Werderstraße 42. |
| „ R. S. Dietrich, Kaiserstraße 177. | „ Fritz Weis, Luisenstraße 68. |
| „ E. Dahlemann, Kaiserstraße 185. | „ Hofposamenteur Fr. Weisk, Kaiser- Allee 51 und Amalienstraße 22. |

Kaufpreis am Ballabend in der Festhalle 3 Mk. 50 Pfg. für die Person.
Karten zu 3 Mk. 50 Pfg. für nummerierte Balkon- und Gallerieplätze (erste Reihe) werden in beschränkter Zahl bei Herrn Kaufmann E. Dahlemann, Kaiserstraße 185, abgegeben.

Saal- und Galerie-Öffnung um 7 Uhr abends.

Eingang in den Saal durch den Garderobebau rechts vom Hauptportal, in die Galerie auf den neuen Gallerietreppen rechts und links vom Hauptportal.

In den Ballsaal ist der Zutritt nur im Maskenkostüm oder Kallanzug gestattet.
Eine Maskengarderobe befindet sich im Garderobebau. Das Garderobegeld beträgt 20 Pfg. für zur Abgabe kommende Gegenstände.

Programme sind zu 10 Pfg. das Stück am Saaleingang zu haben.

Kontrollmaßregeln: Die an den Eintrittskarten befindlichen Abschnitte werden beim Betreten der Ballraumlichkeiten von dem Aufsichtspersonal abgetrennt und zurückgehalten; die Karten selbst sind von den Inhabern sorgfältig aufzubewahren, da sie bei einer stattfindenden Kontrolle als Nachweis zu dienen haben. Wer ohne Karte betreten wird, hat Ausweisung zu gewärtigen. Bei vorübergehendem Verlassen der Festhalle wolle man sich von dem Aufsichtspersonal einen Abschnit veranlassen lassen, da nur gegen dessen Rückgabe der Wiedereintritt gestattet ist.

Todesanzeige.

Freunden und Bekannten mache die schmerzhafte Mitteilung, daß mein treubestorgter Gatte

Johann Keck

im Alter von 84 Jahren Donnerstag früh 9 Uhr nach längerer Krankheit verschieden ist.

Pforzheim den 22. Februar 1906.
Luise Keck geb. Säuberlich.

Mehl Mehl (ohne Aufschlag)

1 Pfd. 16 Pfg., 6 Pfd. 85 Pfg., 1 Pfd. 18 Pfg., 6 Pfd. 90 Pfg., 1 Pfd. 20 Pfg., 6 Pfd. Mk. 1.—

Zweitschen, garant. neue bozn. türk. per Pfd. 20, 25 und 30 Pfg.

Dampfpfäfel, Ia. Ware per Pfund 55 Pfg.

Aprikosen per Pfund 55 und 65 Pfg.

Vienschnitze, Murgthaler Pfund 28 Pfg.

Wiischobitz, Fein beiebt per Pfd. 25 u. 35 Pfg.

Zeigen per Pfund 20 Pfg.

Amerik. Apfelschnitze Pfd. 40 u. 53 Pfg.

Emil Bucherer,

in den bekannten Verkaufsstellen.

Empfehle mein Wasch- und Bügelgeschäft. Eine Karte genügt, dann wird die Waäche gebolt u. wieder gebracht. Frau Wiestle, Eisenweinst. 24.

Eine belg. Bierschänke. nebst 4 halbgemachten Tungen sind preiswert zu verkaufen. Da ertragen in der Birckheit zum „Bahnhof“ in Rastatt.

Abschlag.

Nur für die Tage bis inkl. 28. Februar:

Schweineschmalz

garantiert rein amerikanisches

a 50

empfehlen 736.2

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H. in den bekannten Karlsruher Verkaufsstellen.

Krankenhaus-Neubau Karlsruhe.

Die Herstellung des Schornsteins

für die Dampfheizung des neuen Gebäudes ist im Interesse der öffentlichen Anschaffung vergeben worden

Bedingungen, Angebotsformulare und Zeichnungen, welche nach auswärts nicht verlangt werden, liegen während der Dienststunden beim städt. Hochbauamt, Rathaus 2. Obergesch. Zimmer 116, zur Einsicht auf.

Angebote sind bis zum Donnerstag den 8. März d. J., nachmittags 3 Uhr, dem Saal der Ausschreibung, daselbst einzureichen.

Karlsruhe den 20. Februar 1906. Städt. Hochbauamt.

Wäsche

zum waschen und bügeln wird empfohlen

Luisenstraße 9, 8. St.

Divan sowie Ottomane

gut gearbeitet, billig zu verkaufen.

E. Cramer, Tagelager, Schützenstr. 44.

Blau Anzüge

von Guten das Beste

R. Pahr, 22 Kronenstraße 22.